

Pressemitteilung

SPERRVERMERK, 16. Juni 2020, 10:00 Uhr

Friedensgutachten 2020 \ Protestbewegungen, politische Umbrüche und Gewaltrisiken

Berlin, 16. Juni 2020. Wie sollte man mit den weltweiten Protesten gegen politische Systeme umgehen? Die Herausgeber und Herausgeberinnen der führenden deutschen Friedensforschungsinstitute fordern im aktuell erschienenen Friedensgutachten von der Bundesregierung klare strategische Leitlinien, wie sie sich bei Anti-Regime-Protesten positionieren wird.

Vielfalt der Proteste ernstnehmen und Proteste als Krisenfrühwarnung nutzen

Die Forscherinnen und Forscher beobachten eine starke Vielfalt der Massenproteste der vergangenen Jahre, die sich von Regime zu Regime stark unterscheiden. „**Es bedarf daher kontextspezifischer Antworten auf der Basis genauer Länderanalysen**“, stellen sie fest. Instrumente der Krisenfrühwarnung sollten Dynamiken sozialer Proteste systematisch erfassen, um besser auf Krisen vorbereitet zu sein. „**Dabei sollte besonders auch die Gewalteskalation beachtet werden, die von staatlicher Repression ausgeht**“, fordern die Friedensforschungsinstitute.

Aktiv vorgehen, aber Vorsicht vor Symbolpolitik

Die Bundesregierung solle Gewaltspiralen vorbeugen, politische Dialoge führen und präventive Vermittlung bei Protesten und Konflikten fördern. „**Hierfür lassen sich die politischen Stiftungen und staatlichen Instrumente nutzen**“, empfiehlt der Bericht. Gezielt soll auch mit Sanktionsandrohung gearbeitet werden. „**Sanktionen sollten Regime aber nicht so sehr in die Enge treiben, dass sie inklusive Lösungen verhindern**“, warnen die Herausgeberinnen und Herausgeber. Trotz der Empfehlung aktiv vorzugehen, warnt das Friedensgutachten vor symbolpolitischen Maßnahmen. Eine offene Parteinahme könne etwa zu Polarisierung und Eskalation beitragen. „**Steter Kontakt und Austausch mit Menschenrechtsverteidigern sollten jedoch selbstverständlich sei**“, betonen die Autorinnen und Autoren.

Abrücken von Stabilisierung um jeden Preis und Unterstützung nach erfolgreichen Anti-Regime-Protesten

Die Forscherinnen und Forscher kritisieren die Strategie der Regimestabilisierung, die seit der „Flüchtlingskrise“ 2015 in der MENA-Region angewendet wird. **„Das Ziel sollte sein, dass zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten gewährt werden oder erhalten bleiben.“** Wenn Proteste ein autoritäres Regime gestürzt haben, soll deutsche Entwicklungszusammenarbeit schnell zu materiellen Verbesserungen und Demokratisierungsprozessen beitragen. **„Dazu gehören die Lockerung wirtschaftspolitischer Konditionalitäten durch den Internationalen Währungsfonds, Umschuldungsmaßnahmen sowie gezielte Entwicklungshilfe“**, aber auch die Einbindung von Gewerkschaften und Arbeitslosenbewegungen in die Gestaltung einer neuen Ordnung.

Das Friedensgutachten 2020 ist am 16. Juni auf der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt worden. Unter dem Titel „Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa“ fordern die führenden deutschen Friedensforschungsinstitute von der Bundesregierung, sich in der EU und weltweit nicht nur bei der Bekämpfung von CoViD-19 noch intensiver für kooperative Lösungen einzusetzen. Sie warnen vor der Gefahr, dass sich durch die Pandemie Gewaltkonflikte verschärfen oder andere neu entstehen und humanitäre Notlagen zunehmen. Sie mahnen an, andere wichtige, globale Themen nicht aus den Augen zu verlieren - etwa den Klimaschutz, den Einsatz für Freiheitsrechte oder den Kampf gegen Hetze im Internet und für mehr Cybersicherheit. Auch der Umgang mit Massenprotestbewegungen und die weiter zunehmende Rivalität zwischen den Großmächten müssen auf der politischen Agenda bleiben. Anstatt in nationalen Alleingängen liegen auch in diesen friedenspolitischen Feldern die Chancen allein in einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit, für die die Bundesregierung noch aktiver werden muss.

Das Friedensgutachten ist die jährlich erscheinende Publikation des BICC (Bonn International Center for Conversion), des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Es analysiert aktuelle Gewaltkonflikte, zeigt Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und gibt Empfehlungen für die Politik.

Kontakt

Barbara Dörrscheidt

Ansprechpartnerin für Presseanfragen

doerrscheidt@hsfk.de

Telefon +49 69 959104-13

www.friedensgutachten.de

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten2020

Veranstaltungen

Im Anschluss an die Bundespressekonferenz stellen die Institute das Friedensgutachten in Berlin bei Ministerien und Fraktionen der Parteien vor. Am Dienstag, den 16. Juni 2020 diskutieren die Herausgeberinnen und Herausgeber das Friedensgutachten 2020 beim Abendforum der Evangelischen Akademie zu Berlin in einem digitalen Format. Interessierte Bürgerinnen und Bürgern sind zum politischen Dialog eingeladen. Informationen zu dieser und weiteren Veranstaltungen unter www.friedensgutachten.de

Das Friedensgutachten



Seit 1987 veröffentlichen die deutschen Friedensforschungsinstitute das Friedensgutachten als zentrales Medium für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Mit seinen klaren Empfehlungen transferiert das Friedensgutachten wissenschaftliche Erkenntnisse in praktische Handlungsanweisungen. Interdisziplinäre Autorenteam aus Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie, Physik und Regionalwissenschaften arbeiten gemeinsam an den Kapiteln und bringen dabei verschiedene Blickwinkel ein.

Die Themen gliedern sich in die fünf jährlich wiederkehrenden Themenfelder „Bewaffnete Konflikte“, „Nachhaltiger Frieden“, „Rüstungsdynamiken“, „Institutionelle Friedenssicherung“ und „Transnationale Sicherheitsrisiken“. Im zusätzlichen Kapitel, „Fokus“, wird ein Thema des aktuellen Konfliktgeschehens tiefergehend beleuchtet. Das Friedensgutachten wird von der

Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert.

Das Friedensgutachten erscheint im transcript-Verlag. Die Printversion (ISBN: 978-3-8376-5381-6) ist im Buchhandel für 15 Euro erhältlich. Die digitale Version (ISBN: 978-3-8394-5381-0) ist kostenfrei zugänglich (open access) unter <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5381-6/friedensgutachten-2020/> sowie auf www.friedensgutachten.de

Weitere Informationen und die zentralen Empfehlungen des Friedensgutachtens ab dem 16. Juni 2020, 10:00 Uhr unter www.friedensgutachten.de